

Alex Demirović*

Die Krise der Partei DIE LINKE

Zusammenfassung: Die Partei DIE LINKE ist das unwahrscheinliche Ergebnis des doppelten Protests gegen die Art der deutschen Wiedervereinigung und der neoliberalen Politik der rot-grünen Regierung zwischen 1998 und 2005. Ihre Funktion hat sich historisch geändert. Zahlreiche Widersprüche und Konflikte haben in der Vergangenheit ihre Politik bestimmt. Mit Blick auf eine neue Konjunktur der kapitalistischen Entwicklung muss sie ihre programmatischen Konzepte überdenken und sich personell anders aufstellen. Die Krise, in der Die LINKE als parlamentarische Partei steht, ist jedoch eine Herausforderung und verlangt strategische Antworten.

Schlagwörter: DIE LINKE, Klassenpolitik, Parteiensociologie, Sozialismus, doppelte Transformation

The Crisis of the German Party THE LEFT

Abstract: The German party THE LEFT is the unlikely result of the double protest against the nature of German reunification and the neoliberal policies of the Red-Green government between 1998 and 2005. Its function has changed historically. Numerous contradictions and conflicts have determined its policies in the past. In view of a new conjuncture of capitalist development, it must rethink its programmatic concepts and change its personnel. However, the crisis in which THE LEFT finds itself as a parliamentary party is a challenge and demands strategic answers.

Keywords: German Left Party, Class Politics, Sociology of Parties, Socialism, Double Transformation

Die Partei DIE LINKE ist in der Krise, wie die Medien seit Monaten bemerken. Manche Zeitungen stellen es fest, andere – wie etwa *Der Spiegel* – sind bemüht, die Krise herbeizuschreiben. Sie sind dadurch selbst Teil des Willensbildungsprozesses in der Partei geworden. Wieder andere Zeitungen beklagen diese Krise. Die Welt, von der Sympathie für DIE LINKE als eine de-

* Alex Demirović ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der PROKLA.

mokratisch-sozialistische Partei nicht zu erwarten ist, kommentiert: »Vulgär und unerbittlich hackt man auf innerparteilichen Gegnern herum, statt möglichst breite Koalitionen für den Kampf um soziale Gerechtigkeit zu organisieren. Diese Konflikte sind so manchen Genossen offenbar wichtiger als die sich anbahnende soziale Katastrophe im Land. Nutznießer ist die Ampel-Koalition, die große Teile der Bevölkerung mit unzureichenden Hilfspaketen und Tipps zum Energiesparen im Stich lässt. Sie muss aus dem Umfeld der zerstrittenen Linkspartei keine schlagkräftige Opposition mehr fürchten. [...] Wenn die Linkspartei sich weiter demontiert, dürfte es in deutschen Parlamenten bald gar keine Interessenvertretung für das Prekarat mehr geben. Und das ist keine gute Aussicht.«¹

Eine derartige Einschätzung geht dahin, dass die Krise selbstverschuldet ist, die Partei an sich selbst scheitert und aus Angst vor dem Tod Selbstmord begeht, indem sie sich mit Demonstrationen im sogenannten heißen Herbst nicht scharf von Rechten abgrenzt (Kahrs/Wolf 2022). Doch der Bedarf an einer sozialen Gerechtigkeitspartei wird gesehen, denn in der Tat gibt es da: eine Vielzahl prekär lebender Menschen, die vielfach in zweifelhaften Jobs hart arbeiten und wenig verdienen; das Risiko der Arbeitslosigkeit und das harte disziplinäre Hartz-IV-Regime, das nun nur geringfügig durch ein Bürgergeld gemildert werden soll; der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, an Lehrer*innen sowie an Pflegekräften und gesundheitlicher Versorgung; die hohe Inflation, noch besonders akzentuiert durch die hohen Energiepreise; die sich verschlechternde infrastrukturelle Versorgung (Schulen, Sportanlagen, Schwimmbäder, ÖPNV); die geringe Beteiligung am kulturellen Leben. Klassismus ist verbreitet, über Menschen, die unter prekären Bedingungen leben, wird eher abwertend geredet, oder sie werden, wenn sie überhaupt Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit werden, in einem zoologischen Sinn vorgeführt. In den medialen Diskursen erscheinen die ärmsten Teile der subalternen Klassen als Belastung und Gefahr für die öffentliche Ordnung und Moral. Es handelt sich um eine Klassenfrage und eine des Klassenkampfs, in dem es immer auch um die soziale Repräsentation der sozialen Verhältnisse geht – also auch darum, welche sozialen Prozesse zur Herausbildung dieser sozialen Kategorie führen. Diese Auseinandersetzung findet in der LINKEN selbst statt. Zu den Merkwürdigkeiten in der LINKEN gehört, dass Sarah Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen der Ansicht sind, dass relevante Teile der Partei die soziale und Klassenfrage nicht nur vernachlässigen, sondern sogar bekämpfen.

1 »Wie sich die Linkspartei völlig unnötig selbst demontiert«, <https://www.welt.de/> (14.9.2022).

Christian Baron behauptete jüngst,² dass die Kritik an Wagenknecht dem Versuch geschuldet sei, sich jener Klientel zu entledigen, die sich von ihr angesprochen fühle. Sie sei die Einzige, die sich darum bemühe, jene Benachteiligten im politischen System zu repräsentieren. Die LINKE werde von hasserfüllten Linksliberalen geführt, die mit ihren Erfahrungen des Aktivismus, Strippenziehens, Demonstrierens und Organisierens karriereorientiert eine lukrative Funktion anstreben und sich dabei von der fundamentaloppositionellen Strategie Wagenknechts gestört fühlten. Der Vorwurf geht ins Leere, denn genauer betrachtet handelt es sich um Streitigkeiten zweier Gruppen von Berufspolitiker*innen in der Linken. Denn auch Wagenknecht und viele ihrer Anhänger sind beruflich seit Jahrzehnten vor allem als Parteipolitiker*innen aktiv. Die Wahrnehmung ist offensichtlich tendenziös. Zwar gibt es Personen und Gruppen in der LINKEN, die sich in ihren privilegierten Positionen als Mandatsträger und Inhaber von Funktionen und Ämtern gefallen. Sprech- und Kleidungsverhalten, Restaurantwahl oder der »amor dominandi«, also die Liebe zur Dominanz, lassen sich bei der LINKEN genauso beobachten wie bei anderen Parteien und Kulturpraktiken müssten verändert werden. Es gibt Strömungen, die sich als reformorientiert-pragmatisch verstehen und deswegen nur klientelistisch bestimmte Wählergruppen vertreten, nicht jedoch Klassenverhältnisse verändern wollen. Wagenknecht selbst interessiert sich für die soziale Frage erst seit den Wahlerfolgen der rechtspopulistischen Parteien – und eigentlich nicht einmal dann wirklich. Denn sie bezieht sich in ihren Interviews eher auf Handwerker, Mittelstand und Kleinunternehmer. Kindergärtnerinnen, Bauarbeiter oder Feinmechaniker kommen nicht vor. Demgegenüber gibt es in der Partei und in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in programmatischen Erklärung und politischen Analysen kontinuierlich zahlreiche Bemühungen, die Frage der Klassen und Klassenmilieus zu thematisieren, im Detail die Handlungs- und Bündnismöglichkeiten zu bestimmen, Forderungen für die Lohnabhängigen und von Armut Betroffenen zu erheben – wie diejenigen nach sinnvoller und guter Arbeit oder einer wirtschaftsdemokratischen Gestaltung (Rixinger 2020: 42) – und eine entsprechende verbindende Klassenpolitik zu verfolgen.

Die Frage nach dem »Bedarf« der LINKEN muss grundsätzlicher gestellt werden. Es geht nicht darum, als Partei eine Klientel zu suchen und eine Nische auf dem Markt des Parteienwettbewerbs ausfindig zu machen. Die Aufgabe der LINKEN als sozialistische Partei reicht weit über die Zone der Armut, Prekarität und Exklusion hinaus. Es muss ihr um die gesellschaftliche Arbeit und ihre demokratische Reorganisation gehen. Armut ist die Folge

² »Sahra Wagenknecht: Stellvertretendes Hassobjekt«, <https://www.freitag.de/> (5.10.2022).

von Ausbeutungs- und Klassenverhältnissen. Auch die Vermögenden müssen deswegen in den Blick genommen werden. Die Praktiken der Reichen, ihre Strategien der Bereicherung und des Machterhalts spielen kaum eine Rolle in der öffentlichen Diskussion, dabei ist klar, dass sie den Konsumismus und die ökologischen Zerstörungen auch in ihrem privaten Verhalten in besonderer Weise vorantreiben. In jüngerer Zeit, in der Pandemie, wurde zwar wahrgenommen, dass es viele Tätigkeiten gibt, die auf ihre Weise »systemrelevant« sind: nicht diejenigen im Aktien- oder Derivatehandel, der die Banken, den Staat oder das Gemeinwesen ruiniert, sondern beim Verkauf in Supermärkten, in der Kranken- und Altenpflege, in der Kinderbetreuung, bei LKW-Fahrten oder bei der Ernte. Politische Versprechungen, die Einkommen und Arbeitssituationen der dort beschäftigten Menschen deutlich zu verbessern, wurden nicht eingelöst. Es handelt sich um eine Frage der symbolischen Macht, neue Maßstäbe konnten nicht durchgesetzt werden – auch das ist eine Aufgabe sozialistischer Politik, gemeinsame Diskussion über die Prioritäten in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung herbeizuführen. Eher ratlos wird in Medien und Politik zur Kenntnis genommen, dass viele Individuen erschöpft und überfordert von den alltäglichen Belastungen kündigen oder Berufe wegen der schlechten Bedingungen nicht mehr erlernen wollen. So entsteht ein Mangel an Arbeitskräften und die gesellschaftliche Arbeitsteilung funktioniert nur mit enormen Reibungen oder nicht (mehr), da in vielen Berufen jeweils zehn- oder hunderttausende Arbeitskräfte fehlen. Die soziale Polarisierung der deutschen Gesellschaft schreitet weiter fort.

In vielen Fällen geht es nicht allein um prekäre Beschäftigung oder schlechte Bezahlung, sondern um die Tatsache, dass Menschen ausgebeutet und beherrscht werden. Sie sind dem Druck auf Löhne ausgesetzt, dem Arbeitsmarktrisiko, der Verdichtung der Arbeit, den langen Arbeitswegen, den gesundheitlichen Risiken. Sie werden um die Möglichkeit einer selbstbestimmten Lebensperspektive gebracht, ebenso wie um die Möglichkeit, an den Bildungsprozessen auf höchstem Niveau teilzunehmen und effektiv an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung und der gemeinsamen Lebensweise mitzuwirken. In der sich verschärfenden multiplen Krise greifen verschiedenartige Dynamiken ineinander und verstärken sich: im Bereich der Bildung und beruflichen Bildung, der Besiedlungsweise, der Politik, der Geschlechterverhältnisse. Die Krisen verdichten sich in einer sozialökologischen Katastrophenlage: Artensterben, Verlust an Agrarflächen, Grund- und Trinkwasser, Anhebung des Meeresspiegels, Trockenheit und Überschwemmungen. Aus einer linken, sozialistischen Sicht geht es also nicht darum, mit Tremolo in der Stimme die sozialpolitische Bekämpfung von Armut zu fordern, sondern darum, diejenigen, die ausgebeutet und beherrscht werden,

darin zu unterstützen, sich miteinander zu verbinden, und – um mit Gramsci zu sprechen – einen Kollektivwillen zu organisieren, der dem gesellschaftlichen Leben in seiner Gesamtheit und auf der Grundlage der sozialen Kooperation eine neue Richtung und Perspektive gibt.

Wahlniederlagen und die Sorge um die Partei

Offenkundig wurde die Krise der Partei DIE LINKE, als es ihr bei der Bundestagswahl 2021 mit einem Ergebnis von 4,9 Prozent nicht gelang, an die früheren Wahlergebnisse (2017: 9,2 %) anzuknüpfen oder diese gar auszubauen, sondern sie an der 5-Prozent-Hürde scheiterte. In Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen konnte die Partei nur, weil drei ihrer Kandidat*innen Direktmandate gewonnen hatten: wieder einmal Gregor Gysi und Gesine Lötzsch in Berliner Wahlkreisen sowie Sören Pellmann in einem Leipziger Wahlkreis. Auch bei Landtagswahlen 2021 und 2022 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und im Saarland kam die Partei nicht oder nicht wieder in Landtage, denen sie in früheren Legislaturperioden schon einmal angehört hatte. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ist die Partei mit Verlusten nach wie vor vertreten, hat aber an Zustimmung deutlich eingebüßt. Gleichzeitig ist sie an Koalitionsregierungen in Berlin, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern beteiligt und stellt in Thüringen den Ministerpräsidenten. Es ist nicht ersichtlich, inwieweit hier jeweils Einstiegsprojekte verfolgt und verwirklicht werden. Dazu würde eine sozialökologische Klassenpolitik gehören, die auch bei Geringverdienenden Unterstützung findet: etwa beim Ausbau eines entgeltfreien ÖPNV und von erneuerbaren Energien oder bei der Schaffung von Klimajobs (Arbeitsgruppe 2022: 23). Offensichtlich erzielt die DIE LINKE als bundesweite Partei neben den Ländern oder Kommunen keine spezifische politische Wirksamkeit.

Obwohl es in der Sache unangemessen war, wurde diese Serie von Niederlagen den beiden neuen Vorsitzenden zugerechnet. Janine Wissler und Susanne Henning-Wellswow wurden auf dem pandemiebedingt verspäteten Parteitag im Februar 2021 neu ins Amt gewählt, konnten in der kurzen Zeit allerdings nicht auf das Programm, die Bundestagsfraktion, die Wahlkampfstrategie oder die Mitglieder und ihre Stimmung Einfluss nehmen. Beide verfolgten verschiedene Vorstellungen, die seit langem zu den Streitpunkten in der Partei wie in der gesellschaftlichen Linken gehören. Henning-Wellswow hatte offensichtlich die Einschätzung, wenn öffentlich kommuniziert würde, ihre Partei sei bereit für eine Koalitionsregierung, dann brächte das DER LINKEN weitere Wähler*innen. Wissler war nicht grundsätzlich gegen eine

Regierungsbeteiligung, wollte eine solche aber davon abhängig machen, dass die Inhalte dem Parteiprogramm entsprächen. Dieser Streit erledigte sich angesichts der Wahlniederlage, wurde nun aber auf die Frage nach den Ursachen verschoben. Eine davon lag im Abstimmungsverhalten der linken Abgeordneten, als es um die Frage einer Rückholaktion der Ortskräfte aus Afghanistan nach dem Rückzug der westlichen Streitkräfte ging. Anstatt diese humanitäre Aktion einfach zu unterstützen, enthielt sich die Fraktion mit dem Argument, sie seien ohnehin immer gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gewesen. Das war zwar richtig, wirkte aber in dieser verzweifelten Situation der Menschen vor Ort wie zynische Gleichgültigkeit.

Eine weitere Ursache dürfte gewesen sein, dass Sahra Wagenknecht wenige Monate vor den Wahlen in ihrem Buch *Die Selbstgerechten* eine scharfe Kritik an ihrer eigenen Partei geäußert hatte und diese in Talkshows und Interviews vielfach wiederholte. Dies trug erheblich zur Polarisierung innerhalb der Partei bei. Mit ihrer linksliberalen Orientierung, so Wagenknecht (2021: 17), sei die LINKE theoretisch entkernt, sie habe sich von ihren Wählern entfremdet und damit die Wahlerfolge der AfD überhaupt erst ermöglicht. Wie Baron nimmt sie die Ergebnisse der Rechtsextremismus- und Wahlforschung nicht ernst. Rechte und Linke sind nicht – wie Wagenknecht (2021: 13) glaubt – kommunizierende Röhren und es gibt kein Extremismustheoretisches Nullsummenspiel. Vielmehr können rechte, rassistische Orientierungen von Menschen über viele Jahre sehr stabil sein. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die LINKE vom Stimmensplitting taktischer Wähler*innen profitiert hat, die nach der Gründung der AfD aus der CDU heraus das nationalkonservativ-rechte Bürgertum unterstützen. Solche Wähler*innen für die Linke zu gewinnen, bedeutet am Ende, sich und andere über die eigene Programmatik und die Ziele einer sozialistischen Partei zu täuschen.

Die neue Bundestagsfraktion schrumpfte deutlich auf 39 Abgeordnete, vielleicht ein Drittel von ihnen gehört zur Anhängerschaft Wagenknechts, die ihr Bündnis mit Dietmar Bartsch erneuerte. Wie bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode wurde verhindert, dass die beiden Parteivorsitzenden auch die Positionen der Fraktionsvorsitzenden übernehmen konnten. Bei der konstituierenden Sitzung der Fraktion 2017 in Potsdam war ersichtlich, dass Bernd Rixinger und Katja Kipping keine Mehrheit bekommen würden, um sie zu leiten. Obwohl beide Co-Vorsitzende der Partei waren und Kipping auch eine erfahrene Abgeordnete war, blieben sie *de facto* »Hinterbänkler« und konnten so kaum die Position der Partei und des Parteivorstands innerhalb der Fraktion zur Geltung bringen. Das wiederholte sich mit Wissler und Henning-Wellswow. Die Möglichkeit, der Arbeit der Fraktion neue Akzente zu geben, die internen Konflikte besser zu bearbeiten, politische Kohärenz

herzustellen und die Außendarstellung zu verbessern, wurde dadurch verhindert. Hinzu kam dann noch eine von der Berichterstattung angestoßene #LinkeMeToo-Debatte, die die Partei vor enorme Probleme stellte und offensichtlich auch Wissler schwächen sollte. Unmittelbarer Anlass war, dass ihr früherer Partner als Mitarbeiter der Linken-Fraktion im hessischen Landtag ein Verhältnis mit einer jungen Frau hatte, die ebenfalls für diese arbeitete. Die Frau war zum Zeitpunkt, als die Affäre begann, noch minderjährig und die Beziehung ging über mehrere Monate. Die Frau wandte sich an Wissler, weil sie die Beziehung nicht fortsetzen wollte und sich von dem Mann bedrängt fühlte. Offenkundig betrachtete Wissler diese Angelegenheit nicht als unmittelbar die Partei betreffend, beendete aber das Verhältnis zu ihrem Freund. Wissler konnte kein Missbrauch vorgeworfen werden, dennoch wurde in der Folge in den Medien, von einem Teil der Partei und vom parteinahen Jugendverband Linksjugend Solid kritisiert, Wisslers Verhalten unterstützte eine Kultur des Schweigens über sexuelle Belästigung. Sie wurde dadurch geschwächt. Henning-Wellsov trat in dieser schwierigen Lage wenige Wochen vor dem Parteitag als Co-Vorsitzende zurück, was unsolidarisch wirkte und die Krise noch weiter verschärfte. Im Vorfeld des Parteitags im Juni 2022 in Erfurt und auf dem Parteitag selbst kamen etliche Vorfälle von Belästigung zur Sprache wobei strittig war, ob hieran eine berechtigte Kritik an Wissler festzumachen sei. Jedenfalls musste sich Wissler um die Position der Vorsitzenden bewerben, was de facto ein Zurückweichen des Vorstands vor dem öffentlichen Druck war. Ihre Wiederwahl wurde von einem Teil der Partejugend kritisiert. Wagenknecht, die am Parteitag nicht teilnahm, kritisierte ihrerseits die neu gewählte Parteispitze, also Wissler und den Co-Vorsitzenden Martin Schirdewan mit den Worten: »Never change a loosing team«.³ Ihre eigenen Anhänger, die für den Vorsitz und den Vorstand kandidierten, wurden auf dem Parteitag nicht gewählt.

15 Jahren nach ihrer Gründung wurde nicht nur das Ziel der Ausdehnung der Partei DIE LINKE nicht erreicht, sondern durch die Wahlentwicklung ist ihre parlamentarische Existenz auf Bundesebene bedroht, möglicherweise sogar ihre Existenz als Partei insgesamt. Die Bundestagsfraktion ist kleiner geworden, damit ging Kompetenz verloren, die Arbeitsbelastung für die einzelnen Abgeordneten ist größer geworden. Auch die Zahl der Mitarbeiter*innen in der Fraktion musste verringert werden, was einen Verlust an politischem Wissen, politischen Kontakten in das linke Umfeld aus NGOs, politischen Gruppen und Bewegungsorganisationen oder Wissenschaftler*innen dar-

³ »Wagenknecht kritisiert neue Linken-Führung: ›Kaum Hoffnung‹«, <https://www.faz.net/> (26.6.2022).

stellt. Wegen des Verlusts an Wählerstimmen wurde die Wahlkampfpauschale gesenkt. Die Parteiführung reagierte darauf mit einer Verkürzung der Arbeitszeiten, was auch in der Verwaltung der Partei zu einer Verringerung des professionellen Engagements führte. Eine Zukunft ohne Mandate im Bundestag hieße, dass viele weitere Mitarbeiter*innen der Linken ihre Arbeit verlieren und die staatliche Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung allmählich entfallen würden. Ein wichtiges Forum für die Analyse und Diskussion, eine Einrichtung für umfangreiche Bildungsarbeit und Publikationspraxis sowie zur Unterstützung von Bewegungen ginge damit ebenso verloren wie die Förderung von kritischen Studierenden durch die Stiftung. In einer solchen Krise drängt sich die Frage auf, ob das Personal der Partei noch handlungsfähig ist, ob die Individuen die Belastungen ertragen können und solidarisch bleiben, ob sich anspruchsvolle politische und intellektuelle Kriterien gegenüber partikularen Gesichtspunkten behaupten können, und ob es grundsätzlich noch den politischen Willen gibt, für die längerfristige Perspektive eines sozialistischen Projekts einzutreten. Würde die Partei scheitern, weil das Personal materiell geschwächt und entmutigt auseinanderliefe, dann würde die bundesdeutsche Linke insgesamt an Autonomie verlieren. Denn die Linken, im weiten Sinn verstanden, wären (auch für sich selbst) weniger sichtbar und könnten sich weniger bündeln; wichtige Kanäle der Meinungs- und Willensbildung, in denen sich Linke verständigen können und resonanzfähiger sind, gingen verloren. Die Möglichkeiten internationalistischer Beziehungen wären deutlich eingeschränkt. Es liegt auf der Hand, dass die Partei und die gesellschaftliche Linke in einem wechselseitigen Verantwortungsverhältnis stehen. Da die Gefahr groß ist, dass die LINKE scheitert, ist ein Blick zurück sinnvoll, um deutlich zu machen, dass sie seit ihrer Gründung Krisenprozesse durchlaufen hat.

Die Krisen der Partei DIE LINKE seit ihrer Gründung und aktuelle Herausforderungen

Die Partei entstand als Ergebnis einer Krise und hat in der Folge mehrfach Krisen erlebt. Der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) war seit ihrer Gründung als SED-Nachfolgepartei eine Ausdehnung auf die westlichen Bundesländer nicht gelungen, da bis in weite Kreise auch der Linken hinein das Misstrauen gegenüber früheren SED-Funktionären groß gewesen sein dürfte. Dabei wurden die Lebenserfahrungen und Praktiken in einem sozialistischen Staat nach dem Nationalsozialismus und unter der Kontrolle der Sowjetunion ebenso wenig wie die sozialen und politischen Verhältnisse und Widersprüche ernst genommen, sondern totalitarismustheoretisch

eingeebnet. Ähnliche Vorbehalte gegen die PDS und DIE LINKE dürften trotz deren Programm und einer deutlichen Verjüngung des Führungspersonals teilweise bis heute fortbestehen. 2002 scheiterte die PDS mit dem Ziel, in den Bundestag als Fraktion einzuziehen, nur Gesine Lötzsch und Petra Pau konnten Direktmandate erlangen. Die Stabilisierung und Ausdehnung der Partei war eines der Ziele, die 2007 zum Zusammenschluss der beiden sogenannten »Quellparteien« PDS und der Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit (WASG) geführt hatte. Auch diese Vereinigung war schon Ergebnis einer Krise. Die WASG verlieh dem verbreiteten Unmut gegen die Agenda 2010 und insbesondere Hartz-IV-Gesetzgebung Ausdruck und wurde von Gewerkschafter*innen, Sozialdemokrat*innen und weiteren Linken gegründet, die gegen die Schröder-Fischer-Regierung und ihre neoliberalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik opponierten.

Der Fusionsprozess der beiden Parteien war auf der Ebene der Parteibildung und der Parlamentswahlen erfolgreich. 2005 konnte die gemeinsame Liste von Die Linke.PDS und WASG 8,7 Prozent Stimmenanteile bei der Bundestagswahl erlangen, bei den Bundestagswahl 2009 erzielte die 2007 neu gegründete Partei DIE LINKE 11,9 Prozent, 2013 8,6 und 2017 9,2 Prozent. Die neue Partei wuchs bis 2009 auf 78.000 Mitglieder. Danach sank die Zahl bis 2012/13 allmählich auf etwa 60.000 und blieb dann mit Schwankungen auf diesem Niveau. Das war aber offensichtlich ein Erfolg. Denn 2007 waren 55 Prozent der Mitglieder der neuen Partei älter als 60 Jahre, nur 6 Prozent jünger als 30; der überwiegende Teil der Älteren lebte in Ostdeutschland; der stärkste Landesverband war Sachsen; erst 2018 änderte sich das und Nordrhein-Westfalen stellte den mitgliederstärksten Landesverband. Aufgrund dieser Altersstruktur der Mitglieder gab es intern die Prognose, dass die Partei in den ostdeutschen Bundesländern gleichsam aussterben würde.

Von den beiden Co-Vorsitzenden Rixinger und Kipping wurde das Problem der Mitgliedergewinnung daher gezielt angegangen. Als sie 2012 den Vorsitz in einer Situation übernahmen, in der aufgrund innerer Streitigkeiten vor allem innerhalb der Fraktion der Bestand der Partei durchaus infrage stand (Gysi sprach auf dem Göttinger Parteitag vom Hass, der in der Fraktion herrsche; vgl. Weichold 2022: 12), betonten sie, dass die Partei immer noch eine junge Partei sei und es starke Kräfte gebe, die versuchten, sie zu marginalisieren. Sie betrachteten als ihre Aufgabe, sich der internen Parteientwicklung zuzuwenden, die von den vorherigen Vorsitzenden vernachlässigt worden war – insbesondere Oskar Lafontaine setzte auf seine Popularität, wenn nicht auf seinen Populismus. Entsprechend wurde von »verankern, verbreiten und verbinden« gesprochen (vgl. Rixinger, Kipping 2013). Jüngere sollten als Mitglieder gewonnen werden. Das ist auch geschehen:

20 Prozent sind 30 Jahre und jünger; der Anteil derjenigen, die älter als 60 Jahre sind, beträgt 42 Prozent (vgl. Arbeitsgruppe 2022: 26). Viele der Jüngeren sind gut ausgebildet (46 Prozent besitzen einen akademischen Grad) und gehören urbanen Milieus an. Es liegt nahe, dass die soziale Heterogenität der Mitgliedschaft eine besondere Herausforderung darstellt, da die politischen Ziele, die Strategien, die kulturellen Muster und Kommunikationspraktiken, das Verhältnis zur Partei, das demokratische Selbstverständnis und die Alltagserfahrung erheblich differieren müssen, wenn man die Entwicklung der sozialen Bewegungen, die geschlechtertheoretischen Debatten, den Antirassismus vor Augen hat.⁴ Neben der Mitgliedergewinnung ging es auch um die Herausbildung einer gemeinsamen Sicht der Dinge: um politische Bildung, um Wissens- und Kompetenzvermittlung; um Herausbildung von Intellektuellen; um eine Partei, die nach innen in der Lage war, die verschiedenen Strömungen zu verbinden, und die sich als fähig erwies, die Verbindung mit sozialen Initiativen, den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen zu suchen und Organisations- und Mobilisierungsprozesse zu unterstützen und voranzutreiben. Die Kritik, DIE LINKE und die Vorsitzenden der Jahre 2012 bis 2021 hätten sich nicht um die soziale Frage gekümmert, ist demgegenüber in mehrfacher Hinsicht zweifelhaft:

1. DIE LINKE kann mit ihrem sozialistischen Selbstverständnis keine Ein-Themen-Partei sein. Aus der Beschwörung von »Sozialer Gerechtigkeit« als Markenkern (Kahrs/Wolf 2022: 104) folgt wenig. Es braucht eine kritische, umfassende Analyse kapitalistischer Verhältnisse, ihrer Krisen und Sackgassen und alternative Gestaltungsvorschläge. Dabei geht es um eine Frage der Hegemonie, darum, welche Interessen und Lebensweisen miteinander verbun-

⁴ Die Konfliktlinien verlaufen dabei nicht einfach zwischen Ost und West. In konkreten Situationen hatte ich den Eindruck, dass ältere Parteimitglieder aus dem Osten oftmals vorsichtiger urteilen, auch pluraler und offener eingestellt sind als insbesondere frühere sozialdemokratische Linke aus dem Westen. Haltungen haben sich aber auch im Zeitverlauf verändert. Mit der existenzbedrohenden Situation kommt es eher zu Schließungsprozessen, zur fragwürdigen Rückbesinnung auf ein traditionelles Verständnis von »links« und einem imaginierten »Markenkern«. Eine solche Rückwendung findet in der Vergangenheit aber keinen Halt, sondern verliert die politischen Veränderungen seit der Finanz- und Staatsschuldenkrise und ihre Folgen aus dem Blick. Es hat die vielen Proteste gegen die neoliberalen Politik gegeben. In Teilen war dies erfolgreich: Mindestlohn, Mietendeckel, Wohnungsbauprogramme, Bürgergeld usw. Aber nichts ist wirklich gelöst. Viele Forderungen der LINKEN sind unabgegolten, aber für viele ist dies als konkrete Niederlage, als Vergeblichkeit des Engagements erfahrbar. Gleichzeitig hat sich die Agenda erheblich verschoben: Pandemie und entsprechende Sorgen, energetischer Umbau der Industrie, Notwendigkeit zur De-Industrialisierung und Umbau der Lebensweise, die weniger Ressourcen verbraucht und den Wohlstand nicht von immer weiterem Wachstum abhängig macht, De-Globalisierung, katastrophische Wetter- und Klimaentwicklung.

den werden, in welchen Begriffen die Menschen sich und ihre Verhältnisse denken. In einer sozialistischen Perspektive geht es um die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und das Verhältnis der verschiedenen Sektoren zueinander. Es muss darüber gestritten werden, welcher Entwicklungspfad aus einer demokratisch-sozialistischen Sicht verfolgt werden sollte. Angesichts der Notwendigkeit, den gesamten Produktionsapparat in Deutschland – also Industrie, Energie, Dienstleistungen – sozialökologisch-demokratisch umzubauen, ist es richtig, wenn DIE LINKE nicht die korporativen Interessen von Arbeitsplatzbesitzer*innen in Bereichen verteidigt, die umgebaut – wie im Automobilbau die Fokussierung auf Verbrennungsmotoren – oder abgeschafft werden müssen – wie der Braunkohlebergbau. Aber die LINKE kann dafür eintreten, dass die Prozesse diskutiert und mit langem Atem gemeinsam und nicht nach Profit- und Managementgesichtspunkten entschieden werden.

In wirtschaftsdemokratischer Hinsicht muss über Investitionen, Produkte, Produktionsprozesse in einer gesamtgesellschaftlichen und gemeinwohlorientierten Perspektive entschieden werden. Dies schließt immer ein, auch bestimmte Linien der Produktion und Dienstleistung infrage zu stellen, an die sich partikularistische Interessen knüpfen. Die Besonderheit der demokratisch-sozialistischen Sicht ist, dass dieser Prozess von der gesellschaftlichen Arbeit aus und nicht von Kommando Höhen her organisiert wird; dass er demokratisch stattfindet und niemand aufgrund solcher Umbauprozesse um seine Lebensgrundlagen fürchten muss. Wenn es heißt, dass wir uns eine Wirtschaft ohne Wachstum nicht mehr leisten können, so gilt in Wahrheit das Gegenteil: Wir können uns das Wachstum und die kapitalistische Reichtumserzeugung ökologisch, ökonomisch und demokratiepolitisch längst nicht mehr leisten. Insofern ist DIE LINKE auf der Höhe der Herausforderungen, wenn ihr früherer Co-Vorsitzer Rießinger den Systemwechsel fordert.

2. Die Kritik richtet sich immer wieder gegen gut Ausgebildete, die in urbanen Milieus leben. Das ruft Assoziationen mit konservativen Kulturkritiken an Asphaltliteraten und Salonlinken auf. Historisch war die Linke immer eher mit der städtischen Entwicklung verbunden; sie ist stets für Wissen und Wissenschaft eingetreten; sie hat nicht die heile Welt des Kleingewerbes beschworen oder das Gerade-so-sein der Menschen verteidigt. Sie vertritt diejenigen und benötigt sie, die hoch qualifiziert sind und sich mit den fortgeschrittenen Produktivkräften verbinden, also mit den neuen Formen der Kooperation und Kommunikation, und versucht, sie für eine neue gesellschaftliche Perspektive zu gewinnen. Das ist angesichts der Macht der digitalen Unternehmen, des digitalen Technokratismus und der prekären Arbeitsverhältnisse im Informations- und Kommunikationssektor von großer Bedeutung. Denn es geht darum, auf dem Niveau der gesellschaftlichen Herausforderungen die Ver-

hältnisse zu gestalten. Dabei gilt es, nicht Wissen abzuwerten, sondern umgekehrt dafür einzutreten, dass alle an diesem Wissen und den entsprechenden beruflichen Qualifikationen teilhaben. Zu bedenken ist auch, dass viele der akademisch Qualifizierten selbst lebensphasenspezifisch zum prekären Teil der Lohnarbeiter*innenklasse gehören und (bis in wissenschaftliche Tätigkeiten hinein) ausgebeutet werden. DIE LINKE steht also vor der Aufgabe, die Individuen aufgrund solcher Erfahrungen politisch zu organisieren. Das ist auch deswegen wichtig, weil sie durchaus Gefahr läuft, diese Menschen als Wähler*innen zu verlieren. Diese objektiven Ungleichzeitigkeiten zwischen neuesten Industrie- und Arbeitsentwicklungen wurden in Diskussionen über Vergesellschaftung, gemeinwohlorientierte Infrastrukturen und Dienstleistungen versus extraktivistische industrielle Produktion gegeneinander gestellt, anstatt sie als Widersprüche politisch zur Geltung zu bringen.

3. Die Kritik, dass die soziale Frage in der LINKEN eine zu geringe Beachtung fände und zu viel Identitätspolitik verfolgt werde, ist falsch und hat einen demagogischen Einschlag. Wenn Wagenknecht die Bäcker beschwört, die sich an sie wenden würden, weil sie die Rechnungen für Energie nicht mehr zahlen können, wenn sie vom Erhalt des Wohlstandsmodells Deutschland, wenn sie im Namen der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland spricht, die durch die Politik der Ampelregierung gegenüber Russland in ihrer Existenz gefährdet würden, so ist das nicht nur Interessenpolitik für mittlere Unternehmen und für ein Kleinbürgertum – sprich: bürgerliche Klassenpolitik –, sondern schlicht selbst Identitätspolitik. Denn sie beschwört ein »Wir«: die deutsche Wirtschaft, den deutschen Nationalstaat, den sozialen Zusammenhalt. Der Sache nach ist die Kritik auch wahrheitswidrig, weil soziale Fragen kontinuierlich und immer wieder im Programm der LINKEN, in vielen Reden und Anfragen im Bundestag und auf der Straße, in Unterstützung der sozialen Proteste thematisiert wurden. Das gilt für die Pflegekräfte, das Kita-Personal, den Mindestlohn, die Finanzmarktkrise, die Mieten oder die Preise für den ÖPNV.

Konfliktlinien von der Neuen Linken über die Grünen zur LINKEN

Die Formierung der Partei DIE LINKE war historisch ein bemerkenswertes Projekt. Denn eine der Quellparteien bestand aus früheren Mitgliedern der SED, die einen Prozess der Umbildung der früheren Partei, eine kritische Diskussion über Stalinismus und den autoritären Charakter der DDR und des Staatssozialismus geführt hatten und für einen Prozess der weiteren Transformation der Gesellschaft hin zu einem demokratischen Sozialismus eintraten. Die Partei öffnete ihre Wahllisten für Kandidat*innen der Zivilge-

sellschaft und vertrat ein breites Spektrum emanzipatorischer Ziele. Vieles davon wurde in der öffentlichen Meinung nicht wahrgenommen. Aber ohnehin war die Wahrnehmung bei aller berechtigten Kritik verstellt von Affekten gegen die DDR und den Sozialismus. Denn es ging den Kritikern zu meist ja nicht darum, einen besseren Sozialismus zu ermöglichen, sondern die BRD zumindest normativ als die Verwirklichung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu behaupten. In der PDS waren viele, die es mit dem Ziel des Sozialismus – verstanden als einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus – auch in der DDR durchaus ernst gemeint hatten und für dieses Ziel auch weiterhin eintraten. In der PDS im Westen engagierten sich auch linke Sozialdemokrat*innen, frühere Mitglieder der DKP oder maoistischer Organisationen wie KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) oder KB (Kommunistischer Bund), undogmatische Linke und Bewegungsaktivist*innen. In der neu gegründeten Wahlalternative fanden Gewerkschafter*innen mit Sozialdemokrat*innen und früheren Mitgliedern verschiedener sozialistischer und kommunistischer Gruppen zusammen. Die Zusammensetzung war also heterogen. Es sprach nicht viel dafür, dass Linke sich in einer Partei zusammensetzen könnten, die aus Traditionen kamen, die oft sehr gegensätzlich waren. Das waren keine willkürlichen, sondern objektive Gegensätze, die sich in langen Diskussionen und Kämpfen herausgebildet hatten.

Doch gab es historische Gründe, solche überlieferten Konfliktlinien hinter sich zu lassen, wie sie seit der Zeit um den Ersten Weltkrieg herum entstanden waren: also das Verhältnis zum Krieg, die Bekämpfung der Räte, die Bolschewisierung und Stalinisierung der KPD, der Trotzkismus, der Realsozialismus. Im Gründungsprozess gab es unterschiedliche Orientierungen, Partikularismen und Sektierereien, wenn nicht sogar Verschrobenheiten und Spinnereien. Aber die Konstellation konnte etwas Neues schaffen, es gab einen historischen Aufwind. Das war ähnlich wie bei den Grünen, deren erste Phase von Atomkraftgegnern, radikalen Pazifistinnen, Alternativbauern, Maoisten, ökologisch orientierten Linkssozialisten, militanten Linksradikalen, konservativen Naturschützern, faschistischen Volkstumsfanatikern oder spirituellen Naturanbetern gekennzeichnet war. Zwar gab es teilweise harte Konflikte, aber in diesen konnte die Partei allmählich vereinheitlicht werden. Im Ergebnis war und ist sie nicht mehr eine linke oder linksökologische, sondern eine linksliberale Partei. Sie vertritt nicht nur Bürger*innenrechte, sondern unternimmt auch den zum Scheitern verurteilten und häufig inkonsistenten Versuch, die Logik kapitalistischer Akkumulation mit ökologischen Einsichten zusammenbringen zu wollen.

Nicht zuletzt die Enttäuschung über das Scheitern der Grünen als linkes Projekt gab vielen den Anlass, zur PDS und dann zur LINKEN zu wechseln.

Die neue Partei wurde auch gebildet als Protest gegen die neoliberale Politik, die unter Kohl und Lambsdorff in der Bundesrepublik begonnen hatte. Anstatt dass es mit der SPD-Grünen-Regierung zu einer Reformwende gekommen wäre, wurden die Erwartungen enttäuscht; die politischen Kategorien wurden missbraucht und verdreht. Als »Reform« galt nun eine Fortsetzung der Privatisierung, der Verarmung sowie der Verschärfung sozialstaatlicher Disziplinierung durch die »Agenda 2010«, und damit verbunden die Schaffung eines Niedriglohnsektors und schließlich die Einführung der Riester-Rente, die ersichtlich ein Betrugsmanöver war und darauf hinauslief, finanzmarktvermittelt Menschen in anderen Weltregionen die Rente von Arbeitern in Deutschland zahlen zu lassen, um die deutschen Unternehmen zu entlasten und wettbewerbsfähiger zu machen. Viel sprach dafür, dass die Bildung der neuen Partei die Möglichkeit für einen tiefen Lernprozess der verschiedenen linken Gruppen und Strömungen bot.

DIE LINKE konnte in diesem Fusionsprozess auch erfahren, dass ihre eigene Geschichte an einem Wendepunkt angelangt war. Das kommunistische Projekt, das 1917 begonnen worden war, war nach den stalinistischen Verfolgungen und »Säuberungen« in den 1930er-Jahren, nach den Niederschlagungen von Reformsozialismen in Ungarn und der Tschechoslowakei und der Verhängung des Kriegsrechts gegen die Forderungen einer starken Arbeiter*innenbewegung in Polen, in eine tiefe Krise geraten. Die Sozialdemokratie, die für einen disziplinierenden Sozialstaat eintrat, ihre Politik dem Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit unterstellt und dafür eine neokorporatistische Sozialpartnerschaft mittrug, schwenkte inzwischen auf den neoliberalen Kurs um und sah sich als Partei einer neuen Mitte. Fortschrittliche und wachstumskritische Diskussionen über den Umbau der kapitalistischen in eine demokratische, nachhaltige Ökonomie, eine Erneuerung der energetischen Grundlagen der Produktion und der Produktion selbst, über Abrüstung und Friedenspolitik, über neue Beziehungen zu den abhängigen Ländern wurden nicht oder nur noch an den Rändern der Partei fortgesetzt. Die linken Versuche in Westdeutschland stagnierten oder konnten als gescheitert verstanden werden. Insofern entstand mit der Chance eines Zusammenschlusses für alle Strömungen die Möglichkeit, aus der Defensive herauszukommen und eine neue sozialistische Perspektive zu entwickeln. Gysi formulierte das 2007 sehr bewusst: »Wir sollten es begrüßen, dass wir jetzt die Chance haben, zu einer bundesweiten Linkskraft zu werden für ganz Deutschland.« (Weichold 2022: 16) DIE LINKE der verschiedenen Strömungen hatte die Gelegenheit, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und eine historisch ganz neue LINKE zu werden. Trotz der Warnung von Lothar Bisky vor Besserwisserei wurde diese Untugend vielfach kultiviert.

Die Wiedervereinigung Deutschlands hatte eine enorme historische Möglichkeit mit sich gebracht. Mit der PDS gab es zum Verdruss der bürgerlichen Kräfte eine sozialistische Formation bereits im Parlament, mit den vereinigten Kräften der westdeutschen Linken und Gewerkschaftsvertretern konnte eine Ausdehnung der Partei auch auf die westdeutschen Landtage gelingen (Weichold 2022: 14). In der neu gebildeten Partei gab es nicht nur die unterschiedlichen politischen Herkünfte, auch bildeten sich anerkannte Strömungen: das Forum demokratischer Sozialismus, die Sozialistische Linke, die Antikapitalistischen Linken, die Kommunistische Plattform, die Emanzipatorische Linken und weitere. Diese mussten ein gemeinsames programmatisches Selbstverständnis entwickeln und in der alltäglichen Politik miteinander arbeiten. Angesichts der Herkunft war das eine neue Erfahrung, die allerdings in einem Teil der linken Diskussion schon länger vorbereitet worden war. Antonio Gramsci hatte bereits in den Gefängnisheften die Ansicht vertreten, dass es für linke Politik zahlreiche Wege der Emanzipation geben würde, und Wolfgang Fritz Haug hatte die Position der strukturellen Pluralität im Marxismus entwickelt. Die Zapatistas waren in der Linken einflussreich geworden mit der Konzeption, fragend voranzuschreiten.

Diese Art von Pluralität muss aber wiederum überzeugend von allen Kräften auch vertreten werden. Das ist im politischen Alltag selbstverständlich schwierig, weil ständig Streit um programmatische Positionen herrscht, um die Besetzung um Stellen, um Entscheidungsmacht und öffentliche Vertretung linker Positionen, und weil es vor allem um Strategien geht, die die Machtpositionen der Linken vergrößert oder gefährdet. Es hat zu Umbildungen der Strömungen geführt: einerseits zu einem linkssozialdemokratischen Projekt mit einer linksgewerkschaftlichen Strömung, der Bewegungslinken, die vor allem aus jüngeren und aktivistischen Teilen der Partei besteht, der aber auch viele linke Gewerkschafter zuzurechnen sind, andererseits zu einem Reformerlager mit einem sozialdefensiven, einem sozialliberalen und einem pragmatisch-regierungsorientierten Flügel (Arbeitsgruppe 2022: 6). Viele der Konflikte der Gründungsphase bestehen fort. So war strittig, ob die LINKE eine Sozialstaats- oder eine sozialistische Partei sein sollte; ob sie für Verstaatlichung oder Vergesellschaftung eintritt; ob sie sich an Regierungen beteiligt; ob sie sich, und in welchem Umfang auf soziale Bewegungen stützt, oder auf Gestaltung zielt; wie sehr sie sich auf die Arbeiter*innenschaft bezieht oder identitätspolitische Ziele verfolgt. Strittig war nicht, folgt man der Erklärung von Lafontaine, die ökologische Orientierung: »Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert, kann die ökologische Frage nicht lösen. [...] Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt.« (Weichold 2022: 17)

Die verschiedenen Machtkonstellationen und die Zukunft der Partei

Die Krise der Partei macht sich seit Jahren an der Person von Sahra Wagenknecht fest. Das festzustellen heißt nicht, die Probleme zu personalisieren. An ihrer Person verdichtet sich die Machtkonstellation und der Streit um die Ausrichtung der Partei. Sie war Fraktionsvorsitzende zwischen 2013 und 2017 und gemeinsam mit Dietmar Bartsch Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl 2017. In dieser Zeit gab es scharfe Kritik an ihrer Haltung gegenüber Geflüchteten. In der darauffolgenden Legislaturperiode nahm sie die Position nicht noch einmal ein, aber sie und die ihr nahestehenden Fraktionsmitglieder gingen mit Bartsch ein Bündnis ein, das sicherstellte, dass dieser Vorsitzender der Fraktion bleiben konnte. Angesichts dieses »Hufeisens« verschärfte sich die Konfliktkonstellation, weil es für die Parteivorsitzenden Riexinger und Kipping nicht möglich war, über die Politik der Partei Diskussionen anzustoßen, die auch die Fraktion binden konnte und so organisch eine mit der Parteibasis verbundene Politik anzustoßen. Im Frühjahr 2018 wurde über Wagenknecht in den konservativen Medien positiv berichtet, in Umfragen schnitt sie sehr gut ab. Da gleichzeitig Bundeskanzlerin Merkel sehr negativ bewertet wurde, erschien plötzlich ein Koalitionswechsel der SPD und die Bildung einer rot-rot-grünen Regierung in Reichweite. Wagenknecht gründete mit *Aufstehen* eine Sammlungsbewegung, an der auch Personen teilnahmen, die prominent für die SPD oder die Grünen standen. *Aufstehen* orientierte sich an der cäsaristischen Politik Mélenchons; aber manchen erschien sie wohl als Möglichkeit, Bewegung in die festgefahrene Politik der Merkel-Jahre zu bringen. Doch Wagenknecht erwies sich als unfähig, selbst oder mit der Hilfe anderer einen politischen Prozess zu organisieren. Nach wenigen Wochen schon war das Projekt gescheitert. Allerdings wird von ihr und ihrer Strömung weiter mit der Gründung einer neuen Partei gedroht. Faktisch verhält sie sich starkultisch wie eine Neben-Vorsitzende, die auf der Suche nach einer neuen Wahlklientel ist, über die sie sich vor allem über Umfragen informiert: »All die Menschen, die jetzt Angst haben, [...] brauchen eine politische Vertretung.«⁵

Paradoxerweise wurden Wagenknecht und einige ihrer Gefolgsleute auf Vorschlag des Landesvorstands der Linken in Nordrhein-Westfalen 2021 erneut als Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl aufgestellt. Viele Mitglieder erklärten, dass sie für Wagenknecht keinen Wahlkampf führen würden. Diese forderte demgegenüber, dass sich alle an die Entscheidungen

⁵ »Sahra Wagenknecht: ›Wir müssen begreifen, dass die Sanktionen Unsinn sind‹«, <https://www.berliner-zeitung.de/> (24.9.2022).

der Partei halten sollten. Das berührt einen entscheidenden Punkt. Wagenknecht, die behauptet, die rationale Diskussion in der Partei zu vermissen, nimmt an keinen innerparteilichen Diskussionen teil, sie versucht nicht, für ihre Position auf Parteitagen oder im Vorstand, dem sie angehörte, zu kämpfen, sie hält sich nicht an Absprachen und an die programmatischen Festlegungen – weil es zu politischen Selbstbindungen führen würde. Sie agiert über die Medien und nutzt Auftritte in Talkshows oder Interviews dazu, sich immer wieder über Beschlüsse der Partei hinwegzusetzen und die Partei zu kritisieren. Das wurde insbesondere mit ihrer Bundestagsrede am 8. September 2022 deutlich, als sie von einem Wirtschaftskrieg sprach, den Deutschland gegen Russland vom Zaun gebrochen habe. Das gab einer Gruppe von linken Abgeordneten den Anlass, ihren Ausschluss aus der Fraktion zu fordern. Zu Recht wurde dies auch mit der Rücktrittsforderung an die Fraktionsvorsitzenden verbunden, die es Wagenknecht ermöglicht hatten, ihre Rede zu halten.

So wird die Person Wagenknecht zum Kern des Konflikts: Mit ihr geht es nicht, weil sie die Partei und ihr Führungspersonal angreift; ohne sie aber auch nicht, denn wenn sie, wie angedroht, eine neue Partei gründet, dann verliert DIE LINKE den Fraktionsstatus. Auch Bartsch würde dann seine Machtposition verlieren, die er zum Schaden der Partei nicht aufgeben will. Die Partei ist blockiert, und ihr droht die Selbstauflösung. Nach einer Umfrage in Brandenburg tritt je etwa ein Drittel aus Protest gegen sie und ein Drittel aus Protest wegen des Umgangs mit ihr aus. Zwar wurde der innerfraktionelle Konflikt vorläufig durch eine Vereinbarung eingedämmt, der für Wagenknecht jedoch ohne Folgen bleibt. Denn selbstverständlich kann eine solche Arbeitsvereinbarung nicht das freie Mandat der Abgeordneten einschränken. So kann sie weiterhin kritisieren, dass die Partei angeblich die soziale Frage ignorieren würde und sich stattdessen auf die städtischen Milieus und deren Interessen ausgerichtet hätte. Ihr zufolge sei eine Politik der Lifestyle-Linken verfolgt worden. Jüngst erregte sie Ärger mit Ausführungen auf ihrem YouTube-Kanal, wonach die Grünen die gefährlichste Partei im Bundestag sei. Wie in ihrem Buch *Die Selbstgerechten* legte sie damit strategisch erneut die Grünen und den Linkoliberalismus als den Hauptgegner der LINKEN fest, während die AfD verharmlost wird.

Die Positionen von Wagenknecht sind exzentrisch und erratisch – mal will sie mit der Partei nichts zu tun haben, dann sieht sie sich wie selbstverständlich als Mitglied. Von einer Stalinistin hat sie sich in wenigen Jahren zu einer rechten, national-keynesianischen Sozialdemokratin gewandelt. Diese Position findet in der Gesellschaft und auch in Teilen der Partei DIE LINKE Zustimmung. In Interviews betonte sie, dass sie nach ihrer Rede vom 8. September

selten so viel Zustimmung aus der Bevölkerung erhalten habe.⁶ Umfragen legen nahe, dass etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten sich vorstellen können und 10 Prozent es mit Bestimmtheit sagen, eine Wagenknecht-Partei zu wählen.⁷ Das Spiel von 2018 wiederholt sich, aber nun scheint doch ein *Point of no return* erreicht. Allerdings spricht nicht viel dafür, dass Wagenknecht die Kompetenz hat, eine solche Partei zu organisieren: Ihre Wahlkreise hat sie nicht gewonnen; zu programmatischen Entwürfen in der Partei hat sie nicht beigetragen, sondern ist für Fundamentalopposition eingetreten; bei *Aufstehen* war sie nicht organisatorisch tätig; ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen geben keine Antwort auf die großen Herausforderungen.⁸ Wäre sie nicht in der Partei und in den Medien präsent, hätte sie keinen Resonanzraum. Gleichwohl könnte am Ende mit ihrer Hilfe die Partei DIE LINKE von innen heraus zerstört werden. Es gehört zur Tragik der Situation, dass sich der Konflikt trotz des Wissens um die negativen Folgen nicht mehr durch ein pluralistisches Selbstverständnis der Partei oder durch kluge Kompromisse, die integrieren könnten, auflösen lässt. Die persönlichen Differenzen, die inhaltlichen Gegensätze sind zu groß. Eine Abspaltung ist riskant, aber unvermeidlich. Kahrs und Wolf (2022: 104) ist zuzustimmen, dass eine solche Bundestagsfraktion niemand mehr braucht; eine Bundestagsgruppe mit gemeinsamen Grundüberzeugungen könnte politisch den Schaden begrenzen und das linke Projekt auf neue Weise fortsetzen.

Rückblickend erweist es sich als schädlich, nicht verhindert zu haben, dass eine einzelne Person so sehr die öffentliche Aufmerksamkeit erlangt, die Partei zu vertreten. Der Schaden einer tatsächlichen Abspaltung wäre groß. DIE LINKE würde damit den Fraktionsstatus verlieren und weitere staatliche Mittel würden verloren gehen. Auch ist keineswegs klar, ob mit den Mandatsverlusten nicht viele aufhören würden, sich im Rahmen der Partei DIE LINKE zu engagieren. Außerdem verdecken die Konflikte mit und um Wagenknecht, dass es viele andere Kontroversen gibt. Für diese müssten erst Austragungsformen entwickelt werden.

Parteisoziologie und Parlamentarismus

Dies macht einige Bemerkungen über ein klassisches parteiensoziologisches Problem der Linken erforderlich. Eine der Hauptschwächen der Partei DIE

6 »Wagenknecht bleibt bei absurdem Putin-Thesen: ›Wir zerstören unsere Wirtschaft‹«, <https://www.focus.de/> (24.9.2022).

7 »Ende der Koexistenz«, <https://www.jungewelt.de/> (15.10.2022).

8 Vgl. »Gefühlspolitik ohne Empathie: Wie Sahra Wagenknecht die Linke blockiert«, <https://www.freitag.de/> (19.10.2022).

LINKE dürfte sein, dass sie keine kritische politische Theorie der Herrschaftsapparats der Partei und des Parlaments hat (siehe dazu PROKLA 171). Die Diskussion wurde seit ihrer Gründung abstrakt als die Frage nach einer Regierungsbeteiligung geführt. So lehnten es frühere Sozialdemokrat*innen ab, mit der SPD und den Grünen eine Koalition einzugehen. Demgegenüber vertraten Pragmatiker wie Bartsch die Ansicht, man solle programmatisch nichts fordern, was sich nicht in einer Regierung einlösen lassen würde. Politik in Form einer parlamentarischen Partei und im Parlament zu machen, an der Spitze einer Verwaltung zu stehen und sich im Kräfteverhältnis einer Koalitionsregierung zu bewegen, stellt selbst eine Herausforderung dar, denn man muss sich unter problematischen Herrschaftsbedingungen bewegen: Gesetze, Geschäftsordnungen, Finanzen und Personal, Kräfte in der eigenen und den anderen Parteien, Verbände und Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit. Das Parlament und der Wettbewerb der Parteien stehen für Demokratie. Alles muss ernst und wichtig genommen werden, weil sich hier zentrale gesellschaftliche Probleme und Konflikte verdichten; doch auch wiederum nicht zu ernst, denn diese Praxis der Demokratie ist sehr eingeschränkt und reicht an die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht heran. Macht und der zynische, zweideutige Umgang mit dem Regelwerk der Demokratie und der Öffentlichkeit gehören zum alltäglichen Geschäft. Individuelle Konkurrenz, Eitelkeit, Ranküne, Taktiererei, Lüge oder Zynismus ergeben sich in den alltäglichen Auseinandersetzungen. Viele in der Linken haben keine Erfahrung mit parlamentarischer Arbeit oder mit einer Partei, deren Aktivitäten ständig in Konkurrenz zu anderen Parteien stattfinden und Gegenstand öffentlicher Beobachtung und Kommentierung sind.

Die Partei ist daher in einer widersprüchlichen Position: Sie ist, wie die anderen Parteien, ein Staatsapparat, auf staatliche Aufgaben festgelegt und in erheblichem Maße vom Staat finanziert. Mit einem erfolgreichen Wahlkampf und Mandaten gelangen zahlreiche Mitglieder der Partei in die Parlamente, entweder als Mandatsträger oder als Mitarbeiter*innen der Fraktion und der Abgeordneten. So setzt ein kontinuierlicher Politikbetrieb ein, wie ihn schon Max Weber beobachtete, und Politik wird zum Beruf – was auch heißt, dass das Einkommen, der Lebensstandard, die Freundeskreise, die öffentliche Bekanntheit, die Zukunft der eigenen und familiären Existenz davon abhängen. Die professionellen Politiker*innen entwickeln enorme Kompetenzen: Sie kennen die offizielle politische Agenda und viele Details der sachlichen Entscheidungsprozesse. Damit sind sie den Mitgliedern der Partei, aber auch Fachwissenschaftler*innen an Wissen überlegen. Für die Abgeordneten werden die Abgeordneten der anderen Parteien eine wichtige Bezugsguppe: durch die Möglichkeit des Gesprächs, des Informationsaus-

tauschs, der persönlichen Anerkennung auch in den quasi-privaten Situationen von Ausschusssitzungen und -reisen, Café- oder Restaurantbegegnungen oder die Teilnahme an Talkrunden. Solche kollegialen Beziehungen und Wertschätzungen können im Alltag wichtiger werden als die politische Positionierung in der Partei und die Maßstäbe und relevanten Gesichtspunkte verschieben. Verstärkt wird dies durch die hohen Einkommen und sonstigen Gratifikationen als Mandatsträger*innen: etwa die Übernahme der Wohnungsmiete in Berlin, Bahncard oder Fahrdienst. Das Parlament gewährt den Angehörigen der Fraktion Zugang zur Verwaltung und zu den Medien; sie stehen, wenn sie das wollen, in einem ständigen Austausch mit der Gesellschaft: Journalist*innen, Besucher*innengruppen, Verbandsmitgliedern, Wähler*innen, Gewerkschaften und Betriebsversammlungen oder Treffen und offizielle Reisen mit Unternehmer*innen; sie sind auf Konferenzen und geben Interviews. Das erfordert ein enormes Maß an Situationsopportunismus, um sich auf unterschiedliche Kontexte einzustellen. Diese Erfahrungen zwingen die Abgeordneten in eine gewisse Distanz zur Partei, zu den programmativen Zielen, zu den Kommunikationsformen, zu den sozialkritischen Positionen. Es ist eine Frage ihrer Virtuosität, die programmativen Ziele in die Sprache der verschiedenen Foren zu übersetzen, in denen sie sich bewegen: von Markus Lanz zur Gewerkschafter*innen- oder Antifa-Gruppe und zur Plenarsitzung im Parlament.

Einzelne Abgeordnete können je nach Auftritt weit über die Partei öffentliche Aufmerksamkeit genießen und geschätzt werden: Personen wie Lafontaine, Gysi oder Wagenknecht erlangen damit ein eigenes plebisitzäres Gewicht in der Partei und können medial verstärkt wiederum Stimmen für die Partei gewinnen und ihre eigene Position stärken als Personen, die ein innerparteiliches Machtgewicht erlangen. Das ist ein Repräsentationsparadox: Medien laden zu Gesprächen und Interviews ein, wen sie wollen. Wenn die Medien behaupten, die Person, also etwa Wagenknecht, repräsentiere DIE LINKE, und sie entsprechend einladen, dann ist sie faktisch mit ihren Äußerungen repräsentativ und jede Kritik aus der Partei gilt demgegenüber als Einzelmeinung. Es löst wiederum öffentliche Irritationen aus, wenn die Partei ganz andere Positionen vertritt. So scheint es, als ob die Partei mit vielen Stimmen spreche oder programmatische Unklarheit bestehe. Wenn sie nicht politisch und intellektuell konsolidiert ist, kann sie ihre Kontroversen nicht selbstbestimmt und mit der notwendigen Klarheit austragen.

Für den Vorstand der Partei stellen sich besondere Fragen. Er muss die programmativen Ziele im Blick behalten, die Strömungen austarieren, Diskussionen organisieren, für die innere Kohärenz der Partei sorgen. Die Delegierten auf den Parteitagen, auf denen Programme diskutiert und ver-

abschiedet werden, können anderen Gesichtspunkten folgen: den Zielen ihrer politischen Strömung oder dem, was in den lokalen Mitgliedergruppen diskutiert wird. Aber am Ende sollte der Vorstand das strategische Zentrum bilden, das die Widersprüche und Konflikte bündelt, sichtbar macht, zuspitzt und zur Entscheidung bringt.

Schließlich ist auch die Parteiorganisation ein Kraftfeld. Anders als Robert Michels festgestellt hat, geht es nicht um die Dominanz einer Parteibürokratie – eher das Gegenteil ist der Fall. Die Zentrale der Partei DIE LINKE ist davon gekennzeichnet, dass es verschiedene Fraktionen gibt, die in gewisser Weise mit den Strömungen der Partei korrespondieren und sich wechselseitig blockieren können. Bedeutsamer aber ist, dass die Partei föderal strukturiert ist. Die Wahlkämpfe werden von den Landesparteien und den Spitzenkandidat*innen auf den Landeslisten bestimmt. Es ist eine Frage des Konsenses, wenn der Wahlkampf aus einer Hand geführt wird. Deswegen ist es leicht, die Verantwortungen je nach politischem Interesse auf jeweils andere zu schieben. So ist bemerkenswert, dass Wagenknecht nie Verantwortung für schlechte Wahlergebnisse übernommen hat, sondern diese auf die Politik der Bundespartei abwälzt. Sie äußert sich so distanziert, als sei sie an den Entwicklungen der Partei gar nicht beteiligt: »Im Grunde wären es Zeiten, wo die Linke wieder zweistellig sein könnte und müsste. Aber anstatt vernünftige Lösungen für die Probleme der Menschen vorzuschlagen, führt man innerparteiliche Grabenkämpfe, um mich und andere zu einem Austritt zu drängen. Wer so vorgeht, sollte sich nicht wundern, wenn die Wähler davonlaufen.«⁹

Parteisoziologisch liegt auf der Hand, dass sich verschiedene Machtzentren bilden. Sie entstehen nicht einfach aus einem willkürlichen pluralistischen und vielstimmigen Streit über die Politiken der Partei. Vielmehr arbeiten die verschiedenen Zentren gegeneinander. Parteivorstand und Fraktion stehen gegeneinander, die Parteizentrale und die Landesgeschäftsführungen operieren nicht gemeinsam. Der Erfolg der einen würde den politischen Zielen der anderen widersprechen. Dabei geht es um substanzelle Differenzen, die bisher jedoch kaum ausgetragen werden. Denn dass die Vorstände der Fraktion oder einzelne Abgeordnete auf den Parteitagen nicht um ihre Positionen kämpfen, ist erstaunlich. Wenn sie Niederlagen erfahren, dann nehmen sie diese nicht als ein objektives Ergebnis hin, sondern ziehen sich auf parlamentarische Machtpositionen zurück, weichen auf Taktiken aus und versuchen, über ihren Zugang zu Medien auf die innerparteiliche Diskussion Einfluss

⁹ »Sahra Wagenknecht: ›Wir müssen begreifen, dass die Sanktionen Unsinn sind‹«, <https://www.berliner-zeitung.de/> (24.9.2022).

zu nehmen. Auch für diese strukturellen Probleme müssen neue Lösungen gefunden werden, wenn DIE LINKE in Deutschland eine Zukunft haben soll.

Literatur

- Arbeitsgruppe »Zukunft der Partei DIE LINKE« der Rosa-Luxemburg Stiftung (2022): Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht! Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch. Berlin. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 28.10.2022.
- Kahrs, Horst / Wolf, Udo (2022): Linkspopulismus trifft Rechtspopulismus. Der Selbstmord der Linkspartei aus Angst vor dem Tod. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2022: 103–108.
- Riexinger, Bernd (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können. Hamburg.
- / Kipping, Katja (2013): Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE. URL: <http://www.bernd-riexinger.de/>, Zugriff: 28.10.2022.
- Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt/M.
- Weichold, Jochen (2022): Der Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE. Die Anfangsjahre der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009. Berlin. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 28.10.2022.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

2022: z. 131: Öffentlichkeit – Medien – Krieg Z. 130: Weltordnungskrieg Z. 129: Globale Warenketten

2021: z. 128: Geopolitik – Afghanistan Z. 127: Transformationskrise Z. 126: Kritik des Intersektionalismus Z. 125: Gesundheitssystem und Corona-Krise

2020: z. 124: Kritik der Extremismustheorie Z. 123: Corona-Krise und Kapitalismus / Jugend und Politik / DDR 1989/99 – Sozialismus-Bilanz Z. 122: Engels 1820-2020 / Corona-Krise Z. 121: Strategiedebatten / Lateinamerika

2019: z. 120: Geschlechterverhältnisse / Rechtspopulismus Z. 119: Klimakrise II: Was tun im Treibhaus? / 1989 – das letzte Jahr der DDR / EU-Wahlen Z. 118: Hegemonieverschiebungen in der Weltwirtschaft – Neue Konfliktfelder

Z. erscheint vierteljährlich mit je 224-248 Seiten
Einzelheft: 10 Euro. Abo: 35 Euro

Bestellung: www.zme-net.de, Postf. 700346, 60553 Frankfurt/M., redaktion@zme-net.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Nr. 132, Dezember 2022

Lohnabhängigenbewusstsein

Liegl/Külroy - **Streikmonitor 1. Hj. 2022**
Schwerdtner u.a. - **Sozialproteste Herbst 2022/Schmidt - LINKE im Sinkflug?**
Rüdiger/Galander - **Marx' Aufbauplan (II)**
Heinrich - **Replik/Boris - „Rechazzo“ in Chile/Azzarà - Italien/Czeskla/Dupont - Preußischer Militarismus - US-Gewalt herrschaft/Abmayer - Demokratische Grundrechte/Leisewitz - BRD-Sozialstruktur (IV)** u.a.m.

WISSENSCHAFT
FÜR DIE PRAXIS

POLITIKUM
ANALYSEN KONTROVERSEN BILDUNGSARTIKEL
NIE WIEDER KRIEG

Russlands Sonderweg
Die Rückkehr des Kalten Krieges
Frieden mit oder ohne Putin?
Gescheiterte Abschreckung im Ukrainekrieg
Waffenlieferungen:
Eskalation oder Beitrag
zur Konfliktlösung?
Drohnen, Cyber, moderne
Waffentechnologie:
Gamechanger oder
Randaspekt?

WOCHE
SCHAU
VERLAG

NEU
jetzt gratis
testen

Im aktuellen Sonderheft: Die Rückkehr des Kalten Krieges | Den Krieg vom Ende her denken. Frieden mit oder ohne Putin? | Waffenlieferungen: Eskalation oder Beitrag zur Konfliktlösung? | Zur neo-realistischen Analyse des russischen Angriffskrieges | Gescheiterte Abschreckung im Ukrainekrieg | Moderne Waffentechnologie: Gamechanger oder Randaspekt?

FORDERN SIE JETZT IHR GRATIS-PROBEHEFT AN
WWW.POLITIKUM.ORG



Für mehr Durchblick in düsteren Zeiten.

Einzelheft: 11 €
Im Abo 7,80/6,20 €

11'22

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Das unantastbare Katar:
Die Fußball-WM als Machtressource
Ronny Blaschke

Ukraine: Wende in der Zeitenwende?
Wolfgang Zellner

Der Mythos vom »Großen Austausch«
Jason Stanley

Das türkisch-griechische Drama
René Wildangel

Das Geschäft mit dem Gebrechen
Karl Bronke und Jörg Henschen

Für eine Ökonomie des Genug
Wolfgang Sachs

»Frau, Leben,
Freiheit!«
Aufstand im Iran
Golineh Atai

Kein Klimaschutz
ohne Demokratie
Naomi Klein



Im Weihnachtspaket: »Blätter«-Abo +
USB-Archiv + Buchprämie | blaetter.de